

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

40. Jahrgang

1. Mai 2009



## 1. Mai 2009: Gegen Krise und Krieg

Die Krise weitet sich aus. Heute prognostizieren Wirtschaftsfachleute, die noch vor einem halben Jahr Zweckoptimismus verbreiteten, einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 6%. Was werden sie in einigen Monaten sagen? Rückgang der Produktion bedeutet steigende Erwerbslosigkeit, bedeutet sinkende Kaufkraft... – ein Teufelskreis.

Die Krise kam nicht von ungefähr. Es liegt in der Logik des unkontrollierten Kapitalismus, daß es immer wieder zu Überproduktionskrisen kommt (seit Jahren wurden Autos auf Halde produziert); jetzt kam die Finanzblase hinzu.

Die Bundesregierung steckt Abermilliarden in Konjunkturprogramme zur Rettung der Banken und der Industrie. Die Staatsverschuldung steigt ins Unermeßliche, während für Sozialausgaben „kein Geld da“ ist. Die beschlossene Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von 351 auf 359 Euro im Monat ist ein Hohn – das macht gerade 26 Cent pro Tag. Die Maß-

nahmen kommen im wesentlichen denen zugute, die Steuern bezahlen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer, die allen zugute käme, ist nicht vorgesehen.

Die Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist leider nicht mehr als ein frommer Wunsch; wir zahlen täglich, bei jedem Einkauf von z.B. 50 Euro zahlen wir 9,50 Euro Mehrwertsteuer in die Staatskasse zur Rettung der Banken.

Wie sich die Krise entwickelt, wagt niemand vorauszusagen. Irgendwann wird die Rechnung präsentiert und die Milliarden werden fällig. Damit das Geld dann nicht wieder bei den abhängig Beschäftigten und den Erwerbslosen, bei Rentnern und Kranken, bei Armen und Kindern geholt werden kann, muß heute begonnen werden, Widerstand zu entwickeln.

Der „soziale Friede“, den die Herrschenden in Gefahr sehen, ist ihre Lizenz zur unbehelligten Ausbeutung.

Krise und Kapitalismus ist eins. Wer die

Krise bekämpfen will, muß den Kapitalismus bekämpfen.

Es ist notwendig, daß die gesamte Produktion und Dienstleistungen entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der Menschen geplant werden und nicht dem Profitprinzip überlassen bleiben. Dann ist Schluß mit Wirtschaftskrisen. Die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit muß auf alle erwerbsfähige Menschen verteilt werden, bei einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit. Nur so kann die Arbeitslosigkeit einschließlich Hartz IV beseitigt werden.

Dazu ist es allerdings auch notwendig, daß die Produktionsmittel denen gehören, die die Werte erarbeiten.

Das ist Zukunftsmusik – es kann auch anders kommen. Nicht nur einmal haben Krisen zu Kriegen geführt.

### 50 Jahre Revolution in Kuba



Solidaritätsveranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba mit Unterstützung weiterer Organisationen am Sonntag, dem 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, ab 18 Uhr, im Café Amélie, Gewerkschaftshaus - mit

**Günter Pohl**, Journalist und Lateinamerika-Kenner

außerdem: Cuba libre, kubanische Zigarren, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie

**Live-Musik mit Sub Terra**

### *Der Horror des Kapitals*

*"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn:*

*10% sicher, und man kann es über all anwenden;*

*20% es wird lebhaft;*

*50% positiv waghalsig;*

*für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß;*

*300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." (aus: Karl Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)*

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Dreimal DGB

In diesem Jahr 2009 wird nicht nur die BRD sechzig, sondern auch der DGB.

Die Entwicklung der modernen Medizin hat dazu geführt, dass die biologische Lebenserwartung der Menschen höher ist als die soziale: wer mit sechzig noch körperlich und geistig rüstig ist, ist vielleicht schon seit fünfzig schon arbeitslos oder hat andere Probleme.

Zu fragen ist, ob das auch für Organisationen gilt, zum Beispiel den Deutschen Gewerkschaftsbund. Seine bisherige Geschichte zerfällt in drei Etappen:

Von 1949 bis 1973 arbeitete er unter günstigen Bedingungen: Vollbeschäftigung. Die Reallöhne stiegen, in der Montanindustrie konnte die paritätische Mitbestimmung durchgesetzt werden, seit 1957 gibt es die dynamische Rente.

All dies werde erreicht, ohne dass die Gewerkschaften sich besonders anstrengen mussten, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: da die Auftragsbücher der Unternehmer voll und Arbeitskräfte knapp waren, wurden Zugeständnisse meist ohne Streiks eingeräumt.

Zweitens: es gab die DDR. Bei Tarifver-

*Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. (K. Marx)*

handlungen war sie oft die dritte Partei am Verhandlungstisch – und zwar auf der Seite der Gewerkschaften.

Seit Mitte der siebziger Jahre wurde das allmählich anders, und damit begann die zweite Phase der DGB-Geschichte.

Mit der Wirtschaftskrise von 1975 setzten die Jahrzehnte ständig steigender Arbeitslosigkeit ein, die auch die Gewerkschaften schwächten. Diese reagierten mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und konnten dies immerhin in einigen Branchen – zum Beispiel in der Metallindustrie – durchsetzen. Das waren Anfangserfolge. In Zeiten, in denen die SPD den Bundeskanzler stellte (1969–1972; 1998–2005) stellte sich der DGB oft selbst ein Bein: seine meisten Spitzenfunktionäre gehören dieser Partei an, maulten zwar zuweilen, liefen aber, wenn es ernst wurde,

dann doch wieder brav bei Fuß. Es war aber vor allem die Arbeitsplatzsituation, die zu organisatorischer Schwächung führte. Mehrere Fusionen ließen neue Gebilde entstehen, deren Struktur eher der Logik leerer Kassen folgte als dass sie die Schlagkraft zum Beispiel der neuen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gestärkt hätten.

Mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise könnte eine neue Phase der Gewerkschaftsgeschichte beginnen. Die Erpressungsversuche von Staat und Unternehmern gegen diese dürften zunehmen. Die Jahrzehnte seit 1975 haben aber gezeigt, dass Nachgeben nichts bringt. Einige Leute sagen, nach der Krise werde nichts mehr sein wie bisher. Vielleicht gilt dies auch für den DGB.

*Georg Fülberth,  
Kandidat der DKP zur EU-Wahl*

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641 2503430. E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen

das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen

das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse: .....

## Die Heuchelei der Arbeitsplatzvernichter

Die drohende Schließung der Galeria Kaufhof, vormals Horten, 3 1/2 Jahre nach der Eröffnung der Galeria Neustädter Tor, kommt nicht überraschend. An warnenden Stimmen im Vorfeld habe es nicht gemangelt. Selbst die von Baudezernent Rausch in Auftrag gegebene Studie hat festgestellt, daß die Galeria „eine struktur- bis existenzgefährdende Wirkung auf den bestehenden Innenstadthandel“ ausüben könne. Auch die Gewerkschaft verdi, der Betriebsrat von Horten sowie der Arbeitskreis Handel, haben sich vehement gegen diese Pläne, zumindest in solchen Dimensionen, gewehrt, ebenso

die angrenzenden Schulen, Anwohner wie auch die DKP.

Wenn nun OB Haumann, dessen Partei dieses Projekt allen Widerständen zum Trotz maßgeblich durchgedrückt hat, vorgibt, sich um die Arbeitsplätze bei Kaufhof zu sorgen, dann ist dies in keiner Weise glaubwürdig, sondern pures Wahlkampfgerede. Die Verantwortlichen an der Vernichtung von Arbeitsplätzen versuchten wieder einmal, sich als deren Retter aufzuspielen. So wie es auch bei der Schließung des Callcenters der Telekom in Gießen der Fall war - eine direkte Folge der Privatisierung.

## Vor 80 Jahren: Blutmai 1929

Vor 80 Jahren hielt der Berliner SPD-Polizeipräsident Zörgiebel ein am 13. Dezember 1928 verhängtes generelles Demonstrationsverbot aufrecht. Als in Berlin dennoch 200.000 Menschen dem Aufruf der KPD u.a. zur Mai-Demonstration gefolgt waren, befahl er der Polizei - in Abstimmung mit dem preußischen SPD-Innenminister Albert Grzesinski - auf die Mai-Demonstranten zu schießen. Ergebnis: 31 Tote - darunter 1 Journalist, 2 Sozialdemokraten, 1 KPD-Mitglied, 6 Frauen - und mehrere Hundert Verwundete. - Damit handelte er in der Tradition der SPD-Konterrevolutionäre Noske („Einer muß der Bluthund sein.“) und Ebert, die die November-Revolution von 1919 im Blut ersticken ließen. Die Frage heute ist angesichts der Krisen und Kriege: wie wird sich die SPD künftig verhalten? Uwe Moldenhauer